

13.09.2021 Gemeinsame Pressemitteilung BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein und Anti-Atom-Gruppe Freiburg

Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, sowohl das Einschmelzen als auch den Export radioaktiv kontaminierter Metalle zu verbieten.

Begründung

Wie mit radioaktiv kontaminierten Metallen aus dem Abriss deutscher Atomkraftwerke verfahren wird, ist völlig unübersichtlich. Teile der Druckbehälter und Dampferzeuger werden exportiert, um in Schweden oder der USA eingeschmolzen zu werden. Damit entlässt der deutsche Staat diese Metalle aus der Überwachung. Es besteht ein hohes Risiko, dass diese radioaktiv kontaminierten Metalle in Verkehr gebracht werden. Dabei besteht grundsätzlich ein Konsens in der deutschen Politik, dass radioaktiv belasteter Müll nicht ins Ausland gelangen soll, sondern dass Deutschland mit dem hierzulande entstandenen Atommüll verantwortungsvoll umzugehen hat.

Die Begründung für diese Maßnahmen: Stahl sei ja immerhin ein zu wertvoller Rohstoff, um ihn einfach so ins Endlager zu verbringen und nicht weiter zu nutzen.

Der Weltmarkt produziert und verbraucht 2 Milliarden (!) Tonnen Stahl pro Jahr. Der Stahl aus einem Atomkraftwerk ist dagegen ein Klacks. Was also steckt dahinter?

Die Lagerkapazitäten und die Lagerkosten. Mitte der 1990er Jahre, als klar wurde, dass die Kosten für die Endlagerung gewaltig und die Lagerkapazitäten bei Weitem nicht ausreichend waren, wurde dieses irre Konzept der "Freimessungen" erfunden, zuvor war das verboten. Freimessen bedeutet, man reinigt, schleift und schrubbt die Teile so lange, bis die Messinstrumente sagen, die Radioaktivität ist unter einem Grenzwert.

Gute Gründe sprechen dafür, radioaktiv kontaminierte Metalle nicht aus der öffentlichen Kontrolle zu entlassen. Wenn radioaktiv kontaminierte Metalle, die einen gewissen Grenzwert unterschreiten ("Freigabeschwelle") aus der öffentlichen Kontrolle entlassen werden, finden sie schließlich ihren Weg bis in die Herstellung von Alltagsgegenständen. Fehler bei diesen (Frei-) Messungen

können aber nicht ausgeschlossen werden. Das Risiko des vielzitierten "radioaktiven Kochtopfes" kann dann nicht mehr als abstrakt abgetan werden.

Hinzu kommt das Risiko, dass beim Einschmelzen radioaktiv kontaminierter Metalle Radioaktivität in die Umwelt gelangt. Es sei an den gravierenden Unfall vom Juni 1998 im südspanischen Stahlwerk Acerinox in Algeciras erinnert. In der Folge wurde eine radioaktive Cäsium-Wolke über weiten Teilen Südeuropas, Frankreichs, Deutschlands und der Schweiz detektiert. Das Schweizer Bundesamt für Gesundheit registrierte Werte bis zu 150 Microbecquerel pro Kubikmeter. Dies war der bis dahin höchste Wert seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Im Stahlwerk Acerinox war radioaktiver Stahl "unbekannter Herkunft" eingeschmolzen worden.

Überall wo Menschen arbeiten, werden Fehler gemacht. Im Kernkraftwerk Leibstadt wurde bekannt, dass ein Mitarbeiter Prüfberichte radioaktiver Messungen gefälscht hat. Würde dies beim Freimessen passieren, würde radioaktiver Stahl unrückholbar in Umlauf gebracht, es gäbe keine Möglichkeit, den Fehler zu korrigieren. Das darf auf keinen Fall möglich werden. Radioaktiver Stahl gehört in Endlager, nicht auf den Küchentisch.